"Mit Augenmaß reagieren – Fahrverbote würden immensen wirtschaftlichen Schaden bedeuten"

27.02.18

"Mit Augenmaß reagieren – Fahrverbote würden immensen wirtschaftlichen Schaden bedeuten"

Zum Urteil des Bundesverwaltungsgerichts über die Zulässigkeit von Diesel-Fahrverboten erklärt Christian Amsinck, Hauptgeschäftsführer der Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB):

"Berlin und die Städte in Brandenburg müssen auf das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts mit Augenmaß reagieren. Diesel-Fahrverbote können nur das letzte Mittel sein. Vorher sollten alle Maßnahmen ausgeschöpft werden, den Verkehr flüssiger zu gestalten und so die Umweltbelastung an den bekannten Hotspots zu reduzieren. Fahrverbote würden das Funktionieren der Stadt gefährden. Viele Unternehmen, die auf den Diesel angewiesen sind, wären sonst nicht mehr mobil, könnten weder Waren ausliefern noch ihre Kunden bedienen. Zudem würden die aktuellen Fuhrparks größtenteils entwertet. Der wirtschaftliche Schaden wäre immens. Ausnahmeregelungen für den Wirtschaftsverkehr sind darum das Gebot der Stunde.

Die Wirtschaft in der Hauptstadtregion begrüßt alle Schritte, die die Luftqualität verbessern und zugleich den nötigen Verkehr auf den Straßen sichern. Ganz oben muss zudem stehen, den Verkehr zu optimieren, etwa mit Hilfe digitaler und vernetzter Leitsysteme. Zugleich müssen Busse und öffentliche Fuhrparks umgestellt, die Kapazität und Qualität des Nahverkehrs deutlich erhöht sowie die Elektromobilität gefördert werden.“

UVB-Hauptgeschäftsführer Christian Amsinck

- Auf Xing teilen
- Auf Facebook teilen
- Auf X teilen
- Auf LinkedIn teilen

- Drucken
- Als PDF speichern

Ihr Ansprechpartner zum Thema Wirtschaftsverkehr

Abteilungsleiter Wirtschaftspolitik

Burkhard

Rhein

Telefon:
+49 30 31005-117

Telefax:

+49 30 31005-240

E-Mail:
Rhein [at] wveb.de

Download VCF